

Gustav Wall
Haarenufer 16
26122 Oldenburg

E-Mail: gustav.wall (ät) sprechrun.de



Deutschlandradio
an Intendant Dr. Willi Steul
Raderberggürtel 40,
50968 Köln

11.03.2015

**Programmbeschwerde wegen Missachtung der „Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland“-Programmgrundsätze
Hier: Verstoß gegen § 11 des Staatsvertrags
Bezug: Bericht: Kabinett beschließt Rücknahmepflicht für Elektromüll [6]**

Sehr geehrter Dr. Steul,

hiermit erhebe ich gem. § 11 des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland und des Staatsvertrages über Mediendienste
Beschwerde wegen objektiv falscher Ausführungen in der Sendung

Sendezeit: 11.03.2014, 11:00

Leider hat Deutschlandfunk trotz meiner Beschwerde [7] vom 07.03.2015 die zumindest teilweise objektiv falsche Aussage "*Die Bundesregierung folgt mit dem Rücknahmegesetz einer Vorgabe aus Brüssel.*" im Bericht [6] wiederholt.

Ich fordere Sie auf, entsprechende Ausführungen aus [2], [3] und [4] als Gegendarstellung zu der im Nachrichtenbericht gemachten Aussage "Mit dem Gesetz folgt Umweltministerin Hendricks den Vorgaben einer EU-Richtlinie." auszustrahlen, da die Stellungnahme der Umweltverbände der Aussage "*Die Bundesregierung folgt mit dem Rücknahmegesetz einer Vorgabe aus Brüssel.*" klar widersprechen.

Bspw. ein Auszug aus dieser Pressemitteilung
"Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,
sehr geehrte Damen und Herren,

der ressortabgestimmte Referentenentwurf des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), mit dem die europäische WEEE2-Richtlinie ins deutsche Recht umgesetzt werden soll, gelangt demnächst in das parlamentarische Verfahren. Der Entwurf entspricht nicht dem "state of the art" des Ressourcen- und Klimaschutzes. Nach unserer Einschätzung ist er nicht einmal konform mit den europäischen Vorgaben und weist an vielen Stellen in eine falsche Richtung. Insbesondere die Wiederverwendung von Elektro(-nik)geräten wird in dem aktuellen "zweiten Referentenentwurf" der Novellierung des ElektroG nicht gemäß den ökologischen Notwendigkeiten und den Maßgaben der WEEE2-Richtlinie geregelt. Diese Regelungen drohen sogar, die Wiederverwendung innerhalb des Abfallregimes („Vorbereitung zur Wiederverwendung“) zu verhindern." [2]

Und ich fordere Sie auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Nachrichtenberichterstattung sich nicht ausschließlich auf die einseitige Verbreitung von Positionen, Stellungnahmen von staatlichen Stellen beschränkt. Fehlende Staatsferne in der Gestaltung der Nachrichtenberichterstattung empfinde ich als klare Verletzung der Pflicht diesen

"§ 11

Auftrag

[...]

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen." [5]

zu erfüllen. Es ist für mich auch ein Zeichen fehlender journalistischer Sorgfalt, dass die Redaktion keine Stellungnahmen der Umweltverbände zum Beitrag "Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten" angefragt bzw. recherchiert hat.

Bei so einer selektiv gestalteten einseitigen Berichterstattung ist es kein Wunder, dass die BürgerInnen mit der EU fremdeln. Das Interesse von Regierungsparteien in Deutschland ist nachvollziehbar - sie walzen ggf. alles Negative im Rücknahmegesetz auf Brüssel ab - obwohl die Parteien selbst gepfuscht haben. Solchen Pfusch aufzudecken sehe ich als Aufgabe von Medien – auch von Deutschlandfunk und dieses investigatives Engagement vermisse ich im Deutschlandfunk-Programm.

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Wall

Quellen

[1] Bericht: Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten, 07.03.2015 - http://www.deutschlandfunk.de/bericht-regierung-will-handel-zur-ruecknahme-alter.353.de.html?drn:news_id=459697

[2] Bundesregierung bahnt per Gesetz den Weg in die Wegwerfgesellschaft: Bundestag berät über Elektrogerätegesetz – heftige Kritik von Umweltverbänden, 25.02.2015
<http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bundesregierung-bahnt-per-gesetz-den-weg-in-die-wegwerfgesellschaft-bundestag-beraet-ueber-elektrog/>

[3] Offener Brief der Verbände - <https://www.nabu.de/elektrog/offenerbrief.pdf>

[4] Gemeinsame Stellungnahme der Verbände - <https://www.nabu.de/elektrog/stellungnahme.pdf>

[5] Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag – RstV)

[6] Kabinett beschließt Rücknahmepflicht für Elektromüll, 11.03.2015 - http://www.deutschlandfunk.de/kabinett-beschliesst-ruecknahmepflicht-fuer-elektromuell.353.de.html?drn:news_id=460999

[7] Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten, 07.03.2015
http://sprechrun.de/web21/fileadmin/Rundfunkveranstalter/deutschlandfunk/Regierung_will_Handel-zu_Ruecknahme_alter_Elektrogeraete/Regierung_will_Handel-zu_Ruecknahme_alter_Elektrogeraete.pdf